

UNTERWALLIS

Sehr gutes
Geschäftsjahr

MARTINACH | Die Stadt Martinach mit Präsidentin Anne-Laure Couchepin Vouilloz an der Spitze hat gestern die Rechnung 2017 präsentiert. Der Einnahmenüberschuss beträgt rund 1.1 Millionen Franken, budgetiert war ein Defizit von 625'000 Franken. Die selbst-erarbeiteten Mittel belaufen sich gar auf knapp 15 Millionen Franken. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist von 1072 im Vorjahr auf 579 Franken gesunken. Couchepin sprach an der Präsentation der Rechnung von einem Übergangsjahr und davon, dass Martinach nun wieder investieren könne, nachdem die grossen Baustellen bereinigt seien.

Buttet neu
starker Mann
beim BBC?

MONTHEY | Yannick Buttet wird voraussichtlich neuer Präsident des BBC Monthey. Er soll nächste Woche an einer ausserordentlichen Versammlung als neuer starker Mann beim Verein präsentiert werden, wie Canal 9 berichtet. Der Präsident der Gemeinde Collombey-Muraz soll beim BBC die Verantwortung übernehmen und den finanziell angeschlagenen Verein wieder auf Kurs bringen.

10 Jahre spe-
zielle Chirurgie

SITTEN | Das Spitalzentrum des französischsprachigen Wallis (CHVR) blickt auf zehn Jahre Gefässchirurgie und endovaskuläre Chirurgie zurück. Im April 2008 gründete das CHVR innerhalb der Abteilung Chirurgie eine Einheit Gefässchirurgie. Diese Einheit wurde mit Ressourcen und Mitteln für die Gefässmedizin sowie für die Gefässchirurgie und die endovaskuläre Chirurgie ausgestattet. Diese Tätigkeit sei von Beginn an in enger Zusammenarbeit mit den Fachärzten für Angiologie in den Städten ausgeführt worden, heisst es in einer Mitteilung. Damals waren es zwei Fachärzte, heute sind es vier, die in Visp, Siders, Sitten und Martinach arbeiten und die Allgemeinmedizin mit dem Spital verbinden.

Neues Komitee
für UDC

SEMBRANCHER | Die SVP (UDC) des Bezirks Entremont hat an ihrer ausserordentlichen Versammlung vom Donnerstag laut einer

Politik | Bundespräsident besucht 1.-Mai-Feier in Sitten

Alain Berset weibelt für
Lohnungleichheit und die AHV

SITTEN | Am Tag der Arbeit die Walliser Kantonshauptstadt zu beehren, scheint bei den SP-Bundesräten beliebt zu sein. Nachdem im letzten Jahr Simonetta Sommaruga nach Sitten reiste, wählte Bundespräsident Alain Berset Sitten als Ort für seine gestrige 1.-Mai-Rede aus.

«Camarades!» – Genossen! Wenn es noch einer Bestätigung bedürft hätte, liess spätestens die Begrüssung der (meisten) Redner auf dem Sittener Place du Scex keinen Zweifel mehr aufkommen, unter welcher politischen Couleure der gestrige Tag der Arbeit über die Bühne ging. So bewarben die drei SP-Redner wenn auch nicht das gesamte Parteiprogramm, so doch mehr als nur die groben strategischen Leitplanken der schweizerischen Linken. Dazu passte, dass die Unia neben dem Rednerpult fleissig Unterschriften für die 99-Prozent-Initiative sammelte.

Berset: Ohne Respekt
keine Arbeit

Hauptattraktion der Veranstaltung war aber natürlich Alain Berset. Der 1. Mai sei ein Tag des Respekts, begrüsst der Innenminister seine Zuhörer. Ohne Respekt in Form von angemessenen Löhnen und einer familienfreundlichen Politik gäbe es auch keine Arbeit. «Heute schauen wir in die Zukunft, im Wissen um eine lange Geschichte des sozialen Engagements.» Während früher weitverbreitete Armut herrschte, die Linke nicht in der Regierung vertreten war sowie Gewerkschaften kein Mitsprache- und Frauen kein Stimmrecht gehabt hatten, sei davon heute «nur» noch die Armut als gesellschaftliches Problem verblieben. Und dennoch: Obwohl sich die Themen der 1.-Mai-Feiern im Laufe der Zeit verändert hätten, hätten sie nichts von ihrer Wichtigkeit eingebüsst. Als Beispiel nannte Berset etwa die ungerechte Verteilung des Vermögens: So besässe heute ein Prozent der Bevölkerung 40 Prozent des Vermögens.



Gleich wichtig wie früher. Bundespräsident Alain Berset spannte den historischen Bogen von vergangenen zu aktuellen 1.-Mai-Feiern.

FOTO KEYSTONE

Der Bundesrat nutzte sodann die Gelegenheit, um das Publikum nach der gescheiterten AHV-Reform von der Wichtigkeit eines finanziell gesunden Altersvorsorgesystems zu überzeugen. «Unsere sozialen Institutionen sind die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs.» Wer sein Leben lang gearbeitet habe, müsse im Alter von einer anständigen Rente leben können. Nun gelte es sicherzustellen, dass dies auch in Zukunft noch der Fall sein werde, denn eine funktionierende AHV sei angesichts der alternden Bevölkerung keine Selbstverständlichkeit.

«Inakzeptabel»
und «schockierend»

Schweizweit hatten die Gewerkschaften den Tag der Arbeit allerdings nicht der Sanierung der AHV, sondern

der Lohnungleichheit von Mann und Frau gewidmet. Neben Berset, der dieses Problem ebenfalls ansprach, beschäftigten sich auch die anderen Redner eingehend mit der Thematik.

So zeigte sich Mathias Reynard «schockiert» vom Umstand, dass Frauen für dieselbe Arbeit immer noch bis zu 20 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Gleichzeitig nutzte der SP-Nationalrat und Präsident der organisierenden «Union syndicale valaisanne» seine Ansprache, um scharf gegen neoliberale Tendenzen in Politik und Wirtschaft zu schiessen. So würden unter dem Deckmantel des Liberalismus der Service public ab- und die Managerlöhne ausgebaut. Und während die – grösstenteils selbstständig erwerbenden – Parlamentarier in Bundesbern ein angenehmes Salär beziehen könnten,

seien die Arbeitnehmer wachsendem Stress ausgesetzt.

Derweil machte sich die frischgebackene Staatsratspräsidentin (seit gestern) Esther Waeber-Kalbermatten für mehr Frauen in Politik und Wirtschaft stark. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sei Voraussetzung für die Chancengleichheit, wobei der heutige Zustand schlicht «inakzeptabel» sei. Hierbei wies Waeber-Kalbermatten darauf hin, dass der Kanton Wallis im letzten Jahr die Charta der Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor unterzeichnet hatte.

Als einziger Nicht-Sozialdemokrat betonte der Sittener Stadtpräsident Philippe Varone (FDP), dass Gleiches für die Kantonshauptstadt gelte. Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau sei keine Forderung, sondern ein Recht. **pac**

Wirtschaft | Gewerkschaft fordert mehr Lohn und sozialverträgliche Sanierung des FAR

Syna mit Forderungen an Baumeister

OBERWALLIS | Naturgemäss nahmen die Gewerkschaften den gestrigen Tag der Arbeit zum Anlass, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

So verweist die Syna Region Oberwallis in einer Medienmitteilung auf die «harzenden» Verhandlungen mit dem Baumeisterverband betreffend einen neuen Landesmantelvertrag (LMV). Mit dem aktuellen LMV ende per 31. Dezember auch die Allgemeinverbin-

derungen benennt der Syna-Regionalverantwortliche Johann Tscherrig eine Lohnerhöhung von 150 Franken für sämtliche Bauleute. Dies, da die Arbeitnehmenden seit vier Jahren keine Lohnerhöhung mehr erhalten hätten. Den zweiten Schwerpunkt setzt die Gewerkschaft beim flexiblen Altersrücktritt (FAR). Entgegen der ursprünglichen Prognosen sei hier eine Sanierung nötig, wobei die Arbeitgeber lediglich mit Leistungskürzungen operieren wollten. Die Syna ihrer-



Mitteilung ein neues fünfköpfiges Komitee bestellt. Dies nach der Verabschiedung ihres Präsidenten Kevin Pellouchoud, der nach zehn Jahren im Amt im Frühjahr 2017 zurückgetreten ist. Als neuer Präsident wurde Adrien Dumoulin aus Orsières eingesetzt.

lichkeit der Branchenbestimmungen, derweil die Forderungen von Arbeitgeber und -nehmer leider «komplett» auseinandergingen.

Könne man bis Anfang 2019 keine Einigung erzielen, werde somit der soziale Frieden gefährdet, da Lohndumping Tür und Tor geöffnet werde. Als eine von zwei Hauptfor-

seits schlägt eine «moderate Beitragserhöhung» sowie eine «differenzierte Leistungskürzung» vor, damit zukünftige FAR-Rentner ihren Ruhestand zu denselben Bedingungen wie heute antreten könnten. Überdies kündigte die Gewerkschaft eine Demonstration an, welche am 23. Juni in Zürich stattfindet. | **wb**



Gewerkschaften. Die Syna Oberwallis verlangt Zugeständnisse vom Baumeisterverband.

FOTO ZWG